

Anzeiger für Sternberg-Brüel-Warin - Mittwoch,  
29.09.2010

## Regierung erteilt Linken eine Absage

### **Bund sieht keinen Handlungsbedarf wegen Anrechnung der Bürgermeister- Aufwandsentschädigung auf Hartz-IV-Regelsatz Gallin-Kuppentin**

Dämpfer für die Linke und Gallin-Kuppentins  
Bürgermeister Holger Klukas: Der Anfrage von Martina Bunge hat die Bundesregierung eine Absage erteilt. Die Bundestagsabgeordnete hatte eine Stellungnahme zu den Ermessensspielräumen der Grundsicherungsträger bezüglich der Anrechnung von Aufwandsentschädigungen auf den Hartz-IV-Regelsatz gefordert. Hintergrund: Die Aufwandsentschädigung arbeitsloser, ehrenamtlicher Mandatsträger in Höhe von 500 Euro wird von den Argen als Einkommen auf Hartz IV angerechnet. Damit wird der Regelsatz Betroffener von 350 auf 175 Euro gekürzt (wir berichteten). Betroffen davon war auch Gallin-Kuppentins Bürgermeister Holger Klukas. Er wollte sich mit der Situation nicht abfinden, suchte Unterstützung und fand sie unter anderem bei Martina Bunge. Die Bundestagsabgeordnete bezeichnet die derzeitige Regelung als Ungerechtigkeit und Diskreditierung sozialen Engagements. Die Argen würden sich mit Geldern aus den Kommunen Dank ihres Ermessensspielraums selbst sanieren. Die Regierung betont allerdings, dass den Trägern der Grundsicherung bei der Anrechnung von Aufwandsentschädigungen als Einkommen kein Ermessensspielraum eingeräumt sei. Es bestehe daher kein Handlungsbedarf, an der jetzigen Situation etwas zu ändern, teilt der parlamentarische Staatssekretär Ralf Brauksiepe mit. Für Martina Bunge ist diese Antwort nicht zufriedenstellend. Sie will weiter auf eine Neuregelung drängen. „Das war nur der Aufgalopp“, versichert sie. Die nächste Stufe lautet Antrag an die Regierung. „Dann müssen auch die Fraktionen zu dem Thema Stellung beziehen. Uns ist klar, dass der Antrag abgelehnt wird, aber wir müssen das Thema publik machen. Ob die Regierung das Gesetz ändert, sei dahingestellt, aber wir müssen weiter Druck machen“, sagt Bunge.

Der Fall Holger Klukas hatte im Lübzer Land für Empörung gesorgt. Nicht nur Mitbürger, auch Amtskollegen hatten die derzeitige Vorgehensweise der Arge stark kritisiert.

**Antje Bernstein**